

Ressort: Finanzen

Umfrage: Immer mehr Angriffe auf Mitarbeiter des Öffentlichen Dienstes

Berlin, 12.10.2014, 01:00 Uhr

GDN - Immer häufiger kommt es zu Angriffen auf Mitarbeiter des Öffentlichen Dienstes: Zu diesem Ergebnis kommt eine Umfrage des Deutschen Beamtenbunds (dbb) bei seinen Landesverbänden und Partnergewerkschaften. Man habe eine "eindeutige Rückmeldung" bekommen, sagte der dbb-Bundsvorsitzende Klaus Dauderstädt der "Welt am Sonntag".

"Die Gewalt gegen Bedienstete des Öffentlichen Dienstes nimmt drastisch zu." Es handle sich dabei nicht um ein Großstadtphänomen, sondern um eines, das keine regionalen Grenzen kenne. Aktuell erlebe man auch in Verwaltungsbereichen, in denen es um Hartz IV oder andere Zweige der Sozialversicherung gehe, ein "Ausufer der Gewalt". Die Erhebung des Beamtenbundes zeigt nach Worten Dauderstädts auch auf, dass die Gewaltbereitschaft quer durch die Milieus gestiegen ist. "Es handelt sich um eine Verrohung der Sitten. Der Umgangston in diesem Land hat sich verändert", beklagte der ddb-Chef. Der Staat werde als Institution, der man Respekt entgegenbringt, nicht mehr wahrgenommen. "Der Staat entwickelt sich für immer mehr Gesellschaftsschichten zum Gegner." Der Beamtenbund forderte die Politik auf zu handeln. "Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, deren Aufgabengebiete Konfliktpotenzial haben, sollten Deeskalations-Schulungen erhalten", sagte Dauderstädt. "Wir müssen in öffentlichen Gebäuden Umbaumaßnahmen erwägen. Metalldetektoren am Eingang von Gebäuden könnten mancherorts sinnvoll sein. Der rote Notfallknopf am Schreibtisch, wie man ihn aus Banken und von Juwelieren kennt, sollte vielleicht bald zur Ausstattung von Behördenmitarbeitern gehören." Dauderstädt nannte auch die Abschaffung von Einzelbüros, damit Mitarbeiter nicht allein in einem Raum mit Besuchern sind. Er appellierte: "Die Politik muss handeln." In Schleswig-Holstein reagiert die Landesregierung auf die tödlichen Schüsse von Rendsburg. Das Kieler Finanzministerium will die Alarmsysteme in den Finanzämtern überprüfen und sie so schnell wie möglich erweitern, wie das Ministerium der "Welt am Sonntag" mitteilte. Auch die Anschaffung neuer Systeme wird demnach erwogen. Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) sagte der Zeitung: "Hundertprozentige Sicherheit wird es nie geben, aber was wir tun können, werden wir machen."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-42590/umfrage-immer-mehr-angriffe-auf-mitarbeiter-des-oeffentlichen-dienstes.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com

www.gna24.com